

# Linke Politik und Unternehmertum

**Verband | Zella-Mehlis** Gerd Beck ist neuer Landesvorsitzender von OWUS

**Suhl** – Linke Politik und Unternehmertum? In den Augen von Ina Leukefeld, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion Die Linken, und Suhler Stadträtin, schließt sich das nicht aus. Im Gegenteil, sagt sie. Linke Politik müsse die Sorgen und Nöte der kleinen und mittleren Unternehmer in den Mittelpunkt auf- und ernst nehmen. Neun von zehn Firmen haben maximal zehn Beschäftigte, viele sind selbstständig. Was dieser Gruppe gemeinsam ist, sei deren großer Anteil sowohl an der Wertschöpfung als auch der Sicherung von Arbeitsplätzen – und dennoch fehle den Klein- und mittleren Betrieben eine Lobby.

Auf diesem Gebiet sieht der Offene Wirtschaftsverband von klein- und mittelständischen Unternehmen, Freiberuflern und Selbständigen (OWUS) seine Aufgabe. „Wir sind nicht der Unternehmerverband der Linkspartei, fühlen uns ihr aber aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung verbunden“, erklärt Gerd Beck, seit wenigen Tagen auch neuer

Landesvorsitzender von OWUS, während eines gemeinsamen Pressegesprächs mit Ina Leukefeld.

Derzeit habe der Landesverband 32 eingetragene Mitglieder, die regelmäßig – zumeist – in Erfurt zusammenkommen, den Gedanken- und Erfahrungsaustausch pflegen, „um auf diese Weise auch ein Stück Selbsthilfe zu erfahren und weiterzugeben“, so Gerd Beck. Aus seinem beruflichen Wirken heraus – er ist Steuerberater in Zella-Mehlis – wisse er, dass Unternehmer kleinerer Betriebe oder Selbständige oft allein gelassen sind. Die Politik habe sehr oft nur die großen Firmen im Blick, auch was Förderungen betrifft. „Da macht es Sinn, dass auch die kleinen Firmen ihre Stimme erheben.“ Während die Konzerne der deutschen Realität, den Gesetzen und der Bürokratie oft durch Abwandern ins Ausland ausweichen, können dies die kleinen nicht. Deshalb, so Beck, müsse die Politik eingreifen.

Als ein konkretes Beispiel nennt Ina Leukefeld eine von

Beck angeschobene Initiative, die sich gegen die Gebührenzahlung an das Finanzamt richtet, wenn Kleinunternehmen oder Selbständige von dort eine verbindliche Auskunft erhalten wollen. „Wenn schon das Steuerrecht so kompliziert gestrickt ist, dann kann es doch nicht sein, dass für Auskünfte noch eine Gebühr fällig wird“, empört sich der Thüringer OWUS-Vorsitzende.

---

## Wahlkampf-Themen

---

Mit Blick auf die Landtagswahlen im kommenden Jahr will der linksorientierte Unternehmerverband Einfluss nehmen auf wirtschaftsrelevante Themen. Dazu zählt neben dem Mindestlohn auch ein Überdenken der gängigen Ausschreibungspraxis, nennt Beck Beispiele. „Das wirtschaftlichste Angebot ist nicht jenes mit dem geringsten Preis, sondern jenes, das aus der Region kommt.“ Mit der Vergabe an einheimische Firmen investie-

ren die Kommunen in ansässige Unternehmen, sichern Arbeits- und Ausbildungsplätze und Steuereinnahmen. „Kleinunternehmen sind sehr stark an die Region gebunden und tragen eine große Verantwortung für das Gemeinwesen. Wenn sie dieser Verantwortung gerecht werden wollen, müssen sie aber auch dazu die Chance erhalten“, fordert der Landesvorsitzende.

Natürlich arbeite auch der Kleinunternehmer für Gewinn, um gut zu leben. Aber auch, damit die Mitarbeiter gut leben können, so Beck zur Frage, wie sozial ein Unternehmer sein kann oder sein muss.

Mit den von ihr als Veranstaltungsreihe ins Leben gerufenen Unternehmerstammtischen will Landtagsabgeordnete Ina Leukefeld Wirtschaftsthemen gemeinsam mit Unternehmer, Vertretern der Kammern und von Verbänden praxisbezogen und sehr konkret diskutieren. Die nächste Veranstaltung soll am 1. April zu Fragen des Steuerrechts stattfinden. Ruth Schafft